



20. Juni 2019

KEINE WAHL: AMERIKA MUSS ZUFLUCHT UND SCHUTZ BIETEN

Millionen Menschen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent fliehen vor Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern und suchen Schutz. Flüchtlinge sind Menschen, die keine andere Wahl haben, als ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen und auf Sicherheit zu hoffen. Viele kommen in feindlichen Umgebungen an, aber eine Rückkehr nach Hause könnte ihr Leben gefährden. Die amerikanischen Staaten müssen die Menschen in Not schützen und gemeinsam adäquat auf die Probleme reagieren.

In Südamerika erlebt **Venezuela massive Menschenrechtsverletzungen, die mehr als vier Millionen Menschen zur Flucht aus dem Land gezwungen haben**. Die meisten Staaten Amerikas haben diese Menschenrechtskrise offen angeprangert und im Allgemeinen eine Politik der offenen Tür verfolgt. **Kolumbien hat die meisten Venezolaner_innen aufgenommen - 1,3 Millionen - und Peru beherbergt weltweit den höchsten Anteil an venezolanischen Asylsuchenden; 227.000 im März 2019, von insgesamt über 727.000 Venezolaner_innen in Peru**. Trotz dieser dramatischen Realität und wiederholter politischer Aufschreie haben einige Staaten ihre internationalen Verpflichtungen zur Aufnahme und zum Schutz venezolanischer Flüchtlinge zurückgenommen. Am 15. Juni 2019 **begann Peru entgegen seiner internationalen Verpflichtungen, von Venezolaner_innen ein "humanitäres Visum" für die Einreise zu verlangen**. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen forderte Amnesty International Peru auf, seine Entscheidung rückgängig zu machen und die Venezolaner_innen weiterhin auch ohne das Visum willkommen zu heißen. In der Karibik haben **Trinidad und Tobago, in denen rund 40.000 Venezolaner_innen leben, kürzlich ein zweiwöchiges Registrierungsverfahren abgeschlossen, das den Venezolaner_innen einen legalen Aufenthaltsstatus gewährt**. Dieser Prozess erreichte jedoch nur rund 14.000 Menschen und trotz einer Aufforderung von Amnesty International weigerten sich die Behörden, die Registrierungsfrist zu verlängern. Sie beschlossen stattdessen, die nationalen Einwanderungsgesetze zu verschärfen und Visabeschränkungen für die Einreise von Venezolaner_innen festzulegen. Die Gefahr illegaler Push-backs und Abschiebungen betrifft damit heute Tausende von Venezolaner_innen, die internationalen Schutz benötigen.

Ein Jahr nachdem die Massenproteste in Nicaragua brutal niedergeschlagen wurden, sind rund 62.000 Menschen in die Nachbarländer in Mittelamerika geflohen. Die Mehrheit - etwa 55.000 - suchte Zuflucht im benachbarten Costa Rica. Durch die Einreiseerlaubnis für Nicaraguaner_innen hat die Regierung Costa Ricas ein Exempel für die Region statuiert. Sie gab den Menschen die Sicherheit, die ihnen in ihrem eigenen Land verweigert wurde. Es gibt jedoch noch Herausforderungen wie die Gewährleistung von Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit. Die internationale Gemeinschaft muss Costa Rica bei seinen Bemühungen unterstützen, Menschen aufzunehmen, zu schützen und zu unterstützen, die vor der Menschenrechtskrise in Nicaragua geflohen sind. Ebenso fliehen die **Menschen, die Honduras, Guatemala und El Salvador verlassen**, nicht nur vor Armut und Ungleichheit, sondern sind in den meisten **Fällen gezwungen, ihre Länder zu verlassen, um ihr Leben vor Verfolgung**



und Gewalt zu retten. Seit 2018 hat sich verändert, auf welche Art tausende Mittelamerikaner_innen ihre Länder verlassen und die Reise nach Norden antreten. Die Menschen begannen, gemeinsam in den so genannten "Karawanen" zu fliehen. In den letzten Jahren ist **Mexiko auch zu einem Zielland für diese Menschen geworden.** Im Jahr 2017 forderte Amnesty International die mexikanische Regierung auf, ihre Migrationspraktiken zu überprüfen, um Zurückweisungen und die Inhaftierung von Kindern zu stoppen. Entgegen dieser Aufforderungen hat die mexikanische Regierung die Sicherheitsvorkehrungen an ihrer Südgrenze weiter verstärkt und akzeptierte einen „Verbleib in Mexiko“-Deal mit der USA. Dieser Deal bestimmt, dass die Menschen, die in den USA Asyl beantragt haben, auf der mexikanischen Seite der Grenze auf die Entscheidung über ihren Antrag warten müssen. Der ständige Druck der USA auf Mexiko, Migrant_innen und Flüchtlinge daran zu hindern, an die US-Grenze zu gelangen, hat zu Massenverhaftungen, überfüllten Haftanstalten und Massendeportationen ohne faires Verfahren geführt. Im Moment patrouillieren 6.000 Mitgliedern der US-Nationalgarde an der Südgrenze Mexikos.

Amnesty International hat gezeigt, dass Menschen, die in den USA Sicherheit und Schutz suchten, systematisch das Recht verweigert wurde, an der mexikanischen Grenze Asyl zu beantragen. Tausende von Flüchtlingen blieben im Nahen Osten aufgrund des Dekrets von Präsident Trump zurück, welches die Einreise von Menschen aus muslimischen Staaten verbot, auch bekannt als „Muslim Ban“, und auf Grund weiterer restriktiver Maßnahmen gegen Flüchtlinge. Die US-Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die gegen US-amerikanisches und internationales Recht verstoßen, darunter Trennungen von Familien, massenhafte illegale Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze zurück nach Mexiko und möglicherweise zurück in Gefahr. Auch willkürliche und unbefristete Inhaftierungen von Asylsuchenden ohne Bewährung gehört dazu und stellt in einigen Fällen Missbrauch von besonders schutzbedürftigen Personen dar, einschließlich LGBTI-Personen und Kindern. Darüber hinaus drängen die USA darauf, dass ihre südlichen Nachbarstaaten den Transit von Flüchtlingen und Migrant_innen kontrollieren. **Amnesty International fordert Mexiko und Guatemala nachdrücklich auf, keine sicheren Drittstaatenabkommen mit den USA zu unterzeichnen.**

In ganz Amerika zeigen diese Beispiele, dass die amerikanischen Staaten angesichts von Millionen von Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen und internationalen Schutz benötigen, ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, sie nach internationalen Menschenrechtsnormen aufzunehmen. Sie wenden sich damit vom Erbe Amerikas und den fortschrittlichen Regelungen im Zusammenhang mit Mobilität von Menschen, wie der Erklärung von Cartagena, ab. **Am Weltflüchtlingstag fordert Amnesty International alle Staaten Amerikas auf, Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu ergreifen.** Sie müssen gemeinsame Lösungen für die aktuellen Herausforderungen finden und sicherstellen, dass niemand, der internationalen Schutz benötigt, zurückgelassen wird. Entscheidend ist, dass die humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe dazu beitragen sollte, dass Gemeinschaften hinzukommende Menschen aktiv willkommen heißen.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Americas: No Choice: Americas must offer Refuge and Protection

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/0557/2019/en/>

AI-Index: AMR 01/0557/2019

